



**Bericht des  
Ministers für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Garrelt Duin**

**Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk  
31. Oktober 2012**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren  
Abgeordnete,

in ihrer Regierungserklärung vom 12. September 2012 hat Frau  
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft angekündigt, dass die Ministerinnen und  
Minister der Landesregierung in den Fachausschüssen detailliert erklären  
würden, wie sie ihre Politik in der anstehenden Legislaturperiode gestalten  
werden. Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr. Es liegt eine Logik in  
dieser Vorgehensweise, in der die Ministerpräsidentin das Grundverständnis  
der Politik der Landesregierung verdeutlicht und die Fachminister diesen  
Faden bis in ihr Ressortgebiet weiterverfolgen.

Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet mit 569 Mrd. € das größte  
Bruttoinlandsprodukt unter den Bundesländern. Wir sind wirtschaftlich  
bedeutender als die Türkei, die Schweiz, Saudi Arabien oder Singapur. Das  
Land ist international stark vernetzt. 2011 haben wir für 175 Mrd. Euro Waren  
ausgeführt. Im Juli 2012 exportierten wir 7,1 % mehr als noch im gleichen  
Vorjahresmonat. Von den Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in  
Deutschland fließen 27 % nach Nordrhein-Westfalen. Mehr als 14.300  
ausländische Unternehmen steuern von hier aus ihr Deutschland- und nicht  
selten auch ihr Europageschäft. Diese wenigen aktuellen Schlaglichter sollen  
nur andeuten, wie stark Nordrhein-Westfalen aufgestellt und international  
verbunden ist.

Das damit verdiente Geld ist die Grundlage für unseren Wohlstand.  
Wirtschaftspolitik steht deshalb im Zentrum der Landespolitik und daran hat  
bereits Frau Ministerpräsidentin Kraft in ihrer Regierungserklärung keinen  
Zweifel zugelassen.

**Wirtschaft**

Von den gegenwärtigen Turbulenzen des Euros ist auch Nordrhein-Westfalen betroffen. Wir befinden uns wegen der engen Verflechtungen mit dem Ausland nicht auf einer Insel der Glückseligen. Inzwischen drückt die Krise in der Währungsunion auf die Stimmung von Konsumenten und Unternehmen. In ihrem aktuellen Herbstgutachten erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute für das laufende Jahr nur noch ein Wachstum von 0,8 Prozent. Für 2013 haben sie ihre Prognose von 2,0 Prozent auf 1,0 Prozent halbiert. Unternehmen und Konsumenten sind durch die sich ständig wiederholenden politischen Runden in Brüssel und Berlin und die schon kurz darauf einsetzenden Zweifel, es habe wieder nicht gereicht, stark verunsichert.

Wir brauchen endlich tragfähige Lösungen, die über die nächsten Monate hinausreichen. Ich appelliere an die Verantwortlichen in Berlin und Brüssel, sich nicht von den Finanzmärkten treiben zu lassen, sondern mehr als bisher auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft Rücksicht zu nehmen.

Es ist erstaunlich, wie schnell nach dem Beginn der Finanzkrise 2008 unser auf der Industrie beruhendes Wirtschaftsmodell weltweit Anerkennung erfuhr. Plötzlich handelte es sich nicht mehr um ein Auslaufmodell, wie es bis vor einiger Zeit hieß.

Es war die Montanunion, die einst das Fundament bildete, auf dem die Gründungsstaaten das moderne Europa aufbauten. Nordrhein-Westfalen hat also immer schon von der Europäischen Union profitiert. Jetzt rückt die Realwirtschaft wieder in den Mittelpunkt europäischer Wirtschaftspolitik. Selbst Großbritannien träumt von einer Reindustrialisierung seiner Wirtschaft. Am 10. Oktober hat die EU-Kommission ihre Position zur Industriepolitik aktualisiert. In der Mitteilung „Eine stärkere europäische Industrie bringt

Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ zeigt sie mehr als je zuvor, wie wichtig ihr inzwischen die Industrie geworden ist.

Unser Werben für ein realwirtschaftliches Entwicklungsmodell mit einem hohen Anteil industrieller Produktion ist also erfolgreich gewesen. Ich schließe daraus, dass sich unser politischer Einsatz auf **europäischer Ebene** lohnt. Jetzt wird es in Brüssel um die Details der Industriepolitik gehen und ich möchte auch in diesen Prozess unsere Erfahrungen als Industrieland einbringen. Wir werden deshalb unser Engagement in Brüssel weiter ausbauen und es wäre gut, wenn auch die Bundesregierung ihre Überzeugungsarbeit insoweit verstärken würde.

Für unser auf die Realwirtschaft setzendes Entwicklungsmodell sind nicht allein die schlechten Erfahrungen mit einer übertriebenen Spekulation ursächlich. Heute würde niemand mehr wie noch in den 1990er Jahren von der „German Disease“ sprechen. Dafür haben Gewerkschaften, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine lang andauernde Lohnzurückhaltung geübt und sie haben im Rahmen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Reform der Sozialsysteme einen wesentlichen Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft geleistet. Es liegen harte Jahre hinter ihnen. Wenn es nicht noch mehr werden sollen, dürfen wir die Sozialpartnerschaft nicht leichtfertig belasten, sondern müssen sie fördern, wo immer wir können.

Am 1. Mai 2012 ist das **Tariftreuegesetz NRW** in Kraft getreten. Seitdem gelten neue Standards für die Vergabe öffentlicher Aufträge. Außerdem setzen wir uns für einen flächendeckenden **Mindestlohn** ein. Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört, dass gute Arbeit angeboten wird und Arbeit ist erst dann gut, wenn man davon leben kann.

Inzwischen klagen die ersten Regionen und Branchen über einen **Fachkräftemangel**. Kollege Schneider hat im Arbeitsministerium mit unserer finanziellen Hilfe ein Programm zur Förderung von Maßnahmen gegen diesen Mangel aufgelegt. Jetzt geht es darum, das Förderprogramm zu einer Initiative weiterzuentwickeln, in der alle beteiligten Ressorts ihren Beitrag einbringen können. Wir helfen, auch, weil mangelnde Ausbildung soziale Sprengkraft entwickelt. Aber im Kern sind die Unternehmen für die Lösung ihres Problems erst einmal selbst verantwortlich.

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels – aber auch aus gleichstellungspolitischen Gründen - können wir es uns nicht länger leisten, das Arbeitskräftepotenzial der Hälfte der Erwerbsbevölkerung zu vernachlässigen. In NRW liegt die Erwerbsquote der **Frauen** mit 65,8% unter dem Bundesdurchschnitt von 70,8 %. Die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung. Sie hat deshalb die Landesinitiative Frau und Wirtschaft gestartet, zu der wir unseren Beitrag leisten werden, unter anderem durch die Bereitstellung von Fördermitteln für die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ als Teil dieser Initiative.

Die Beteiligung von Frauen an Führungsaufgaben und in Entscheidungsgremien entspricht nicht deren Können und deren Ausbildung. Nun ist in dieses Thema eine neue Dynamik gekommen, was ich sehr begrüße. Ich hätte mir gewünscht, dass nicht erst mit einer Quote gedroht werden muss, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen. Aber die Appelle der vergangenen Jahre waren wenig erfolgreich.

Gleichwohl ergäbe sich ein falsches Bild, wollte man daraus schließen, dass in den deutschen Unternehmen grundsätzlich ein Vorurteil gegenüber der Führungsfähigkeit von Frauen bestünde. Generell ist die Verantwortung der

Unternehmen heute leichter zu diskutieren als vor 2008. Viele Unternehmen haben erkannt, wie wichtig es ist, über die gesetzlichen Vorgaben hinaus Verantwortung für die Wirkungen zu übernehmen, die von ihnen ausgehen – auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Kunden, die Zulieferer, die Gesellschaft und die Umwelt. Im August habe ich mit den Spitzen großer nordrhein-westfälischer Unternehmen, unter ihnen auch die wichtigsten DAX-Konzerne aus Nordrhein-Westfalen, eine gemeinsame Veranstaltung verabredet, mit der wir die Bedeutung der **Corporate Social Responsibility** betonen und zugleich verdeutlichen werden, wie wenig sinnvoll es ist, diese Bemühungen der Unternehmen von Seiten der EU reglementieren zu wollen.

Vertrauen und Kooperationsbereitschaft sind der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält und Wirtschaft voranbringt. Daher ist mir wichtig, dass dieses hohe Gut nicht leidet. Es gibt in der Bevölkerung wachsende Zweifel, ob quantitatives Wachstum und materieller Wohlstand zufrieden machen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausreichend schonen. Und es gibt Zweifel, ob die Marktwirtschaft wirklich gerecht und noch sozial und fair ist. Wenn wir den sozialen Zusammenhalt der Menschen in diesem Lande bewahren wollen, müssen wir uns diesen Zweifeln stellen. Deshalb werde ich unter anderem gemeinsam mit der Wissenschaftsministerin Svenja Schulze eine öffentliche Diskussion darüber beginnen, was denn eigentlich **Fortschritt** ist.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat in ihrer Regierungserklärung der **Vorbeugung** ein großes Gewicht eingeräumt. Es ist leicht einzusehen, dass Probleme einfacher zu lösen sind, je früher sie erkannt werden. Haben sie erst einmal ihre negative Wirkung entfaltet, hilft nur eine schmerzhaft und teure Therapie.

In einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung ist Prävention nur möglich,

wenn alle zusammenarbeiten, die Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes tragen. Wir müssen Informationen austauschen, Planungen abgleichen und auch bei der Umsetzung an einem Strang ziehen. Aus der Tradition des Rheinischen Kapitalismus heraus hat sich in unserem Land eine intensive Kooperationskultur entwickelt. Wir kooperieren in vielfältigster Form mit Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen, Hochschulen und sonstigen Einrichtungen in Clusterinitiativen, Regionalkonferenzen, im Ausbildungskonsens und schließlich über die neu geschaffene Geschäftsstelle „**Dialog schafft Zukunft**“. Wir haben dadurch die Grundlagen für eine vorausschauende Wirtschaftspolitik geschaffen. Hierzu zwei aktuelle Beispiele:

ÿ Im Ringen um den **Opel**-Standort Bochum ist das Land längst als ein hilfreicher Partner angesehen. Am 30. Oktober haben wir mit General Motors die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vereinbart. Sie soll die Flächenentwicklung, innovative Technologien, die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bochum und im Ruhrgebiet vorantreiben und den Namen „Bochum Perspektive 2022“ tragen. Die Plattform versteht sich als lokale, nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Institution. Sie soll Führungskräfte und Innovatoren der Region zusammenführen und sich neuen Konzepten und Ansätzen widmen, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Die Arbeit der Gruppe soll unter anderem auch Fragen der künftigen Nutzung des Bochumer Opel-Standorts umfassen. „Bochum Perspektive 2022“ wird sich aus Vertretern der Adam Opel AG, politischen Repräsentanten der Stadt und der Region zusammensetzen, dazu kommen führende regionale Kräfte seitens Arbeitnehmervereinigungen, Industrie, Hochschule und Finanzwirtschaft.

ÿ Im rheinischen Braunkohlerevier ist heute schon absehbar, dass die Kohleförderung auf Dauer rückläufig sein wird. Da ist es nur folgerichtig,

frühzeitig für Alternativen zu sorgen, die der Region ein langfristiges Wohlergehen garantieren. Dafür wurde gemeinsam mit allen Verantwortlichen vor Ort die **Innovationsregion Rheinisches Revier** aus der Taufe gehoben. Augenblicklich geht es darum, Projekte zu bestimmen, etwa in der Solarwirtschaft, den Strom-Speichertechnologien, der E-Mobilität und Bioökonomie, dem klimaneutralen Wohnen und in der Logistik, aber auch der Fachkräftesicherung.

In den ersten hundert Tagen meines Amtes als Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen habe ich zunächst mit vielen Menschen gesprochen und mir die Strukturen angesehen, die hier existieren. Es ist beeindruckend, wie unglaublich modern dieses Land ist. Demgegenüber tauchen in den Köpfen noch immer zu oft dunkle Schächte und rauchende Schloten auf, wenn von Nordrhein-Westfalen die Rede ist. Zu selten weiß man zum Beispiel etwas von unserer IT- und Telekommunikationswirtschaft, über die ich mich gegenwärtig auf einer Besuchstour informiere, unserer Kreativ- oder unserer Gesundheitswirtschaft.

Mir ist auf meinen Reisen des Öfteren die **Larmoyanz** aufgefallen, mit der über hiesige Verhältnisse geklagt und wie selbstverständlich die Hilfe des Staates eingefordert wird. Solche Klagen bleiben auch den Außenstehenden nicht verborgen. Dass sich die Bedürftigkeit nur auf wenige Regionen beschränkt, wie etwa das vom Kohlerückzug betroffene nördliche Ruhrgebiet und das Bergische Städtedreieck, bleibt bei der üblicherweise undifferenzierten Betrachtung von außen unbeachtet. Es hat in der Vergangenheit schon mehrere Kampagnen gegeben, die das ändern wollten. Zum Teil geschah es mit Erfolg, aber es reichte eben nie aus.

Als es vor vielen Jahren Dortmund schlecht ging, half Carsten Rohwedder, damals Vorstandsvorsitzender von Hoesch, weil er meinte, er könne – ich

zitiere: „sich das Image einer sterbenden Stadt“ nicht leisten. Dortmund hat seitdem einen unglaublichen Wandel durchgemacht. Wir müssen uns alle bewusst sein, dass ein **positives Image** nicht in die Kategorie „Nice-to-have“ gehört. Der gute Ruf von Kommunen und Regionen erleichtert das Geschäft der Unternehmen.

Mir schwebt keine teure Werbekampagne mit Plakaten und Werbespots vor. Mir geht es darum, dass jeder für sich einen Beitrag dazu leistet, das Image dieses Landes zu verbessern. Nordrhein-Westfalen hat das verdient.

Zum Image eines modernen Industrielandes gehört auch ein modernes Wirtschaftsministerium. Wir wollen in den nächsten Jahren unsere kommunikativen Möglichkeiten verbessern, aber auch unsere Förderinstrumente optimieren. Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien enthält bereits entsprechende Ankündigungen in Bezug auf die **NRW.Bank** und die **Landeshaushaltsordnung**. Mir ist wichtig, die Abwicklung von Förderprogrammen, die Wettbewerbs- und Bewilligungsverfahren wo immer möglich zu entschlacken, zu vereinfachen und zu optimieren.

Gerade wegen der starken Verflechtungen mit dem Ausland ist es wichtig, dass unsere **Außenwirtschaftsförderung** optimal aufgestellt ist. Mir liegt an zukunftsfähigen Strukturen und ich habe den Eindruck, dass wir auch da noch etwas verbessern können.

Nordrhein-Westfalen ist mit rund 18 Millionen Einwohnern das größte der 16 Bundesländer. Wirtschaftspolitik lässt sich bei der Größe nicht nur zentral von Düsseldorf aus realisieren. Wir sind auf die Unterstützung der **Regionen und Kommunen** in unserem Land angewiesen und haben mit dieser Zusammenarbeit gute Erfahrungen gemacht. Für mich ist deshalb die Einbindung der Kommunen und Regionen keine Frage des Ob, sondern des

Wie. Aktuell ist das Hauptthema in dieser Zusammenarbeit das künftige **Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** für die Zeit nach 2014. Das Konsultationsverfahren für das neue Operationelle Programm des EFRE wurde am 26. September im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung beendet. In diesem Rahmen haben die Kommunen und Regionen, aber auch viele andere beteiligte Verbände und Organisationen, darunter auch die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses wertvolle Beiträge beigetragen. Am Jahresende wird das Kabinett die Grundstruktur des EFRE festlegen und bis zum Frühjahr werden wir ein detailliertes Programm ausarbeiten.

Wir werden den EFRE weiterhin landesweit einsetzen und uns dabei auf die Förderung von Innovationen konzentrieren. Thematisch spielen der Klimaschutz und die Ressourcen- und Energieeffizienz eine zunehmende Rolle. Die Unternehmen und hier besonders der Mittelstand sind unsere wichtigste Zielgruppe, aber auch die Stadt- und Quartiersentwicklung wird mit einem Fokus auf die Vorbeugung Raum einnehmen.

In der weiteren Zusammenarbeit mit den Kommunen wird es jetzt erst einmal darum gehen, wie sie den erforderlichen Eigenanteil in der Projektförderung aufbringen können. Zum Teil haben sie mit der Reaktivierung von alten Industriebrachen und dem Ausbau der sonstigen wirtschaftsnahen Infrastruktur große Projekte vor sich, für die es angesichts der Haushaltslage nicht mehr leicht fällt, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit der Staatskanzlei, dem Finanz- und dem Innenministerium eine Lösung finden werden, die auf alle Interessen ausreichend Rücksicht nimmt.

## **Energie**

Ich hatte es schon angedeutet: den Nachweis, dass unser realwirtschaftliches Entwicklungsmodell ein Vorbild für andere Länder sein könnte, müssen wir ständig aufs Neue erbringen. Momentan ist neben der Neuorganisation der Finanzmärkte die Energiewende der zweite Angelpunkt für diesen Nachweis.

Das Stichwort Energiewende erweckt heute den Eindruck, als hätte sich Deutschland erst 2011 zu einem Umstieg auf Erneuerbare Energien und dem Ausstieg aus der Kernenergie entschlossen. Tatsächlich erfolgte dies bereits vor mehr als einem Jahrzehnt durch die damalige Rot-Grüne Bundesregierung.

Fukushima hat den Handlungsdruck bei der Umsetzung der Energiewende und damit einhergehend auch deren Rahmensetzungen deutlich verschärft. Seitdem hat es die Bundesregierung versäumt, die Umsetzung der Energiewende auf Grundlage der neuen Anforderungen und Notwendigkeiten zu koordinieren. Diese verlorenen Jahre sind der Grund für die übertriebene Eile, mit der die Bundesregierung die Energiewende jetzt umzusetzen versucht. Wie schon bei der Finanzkrise verunsichert sie auch hier durch ihr planloses Agieren Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen.

Das Stichwort heißt „**Masterplan**“ und die Forderung danach ist nicht erst gestern von Nordrhein-Westfalen an den Bund herangetragen worden. Ein solcher Plan in Kombination mit einem geeigneten Monitoring ist unerlässlich für den Erfolg der Energiewende. Masterplan heißt nicht Planwirtschaft. Gemeint ist ein konsistenter und diskussionsfähiger Rahmen für die Umsetzung der Energiewende. Entscheidend ist dabei der Blick auf das Gesamtsystem in Deutschland und Europa. Inseldenken wäre fehl am Platz.

Die Bundesregierung ist hier unverändert am Zuge und dringender denn je aufgerufen, endlich für klare Verhältnisse und eine nachvollziehbare Linie bei

der Energiewende zu sorgen – die Länder stehen schon lange als Partner dafür bereit. Es reicht nicht, wenn der Bundesumweltminister Versäumnisse und Fehler eingesteht und der Bundeswirtschaftsminister nichts Besseres zu tun hat, als unmittelbar nach Bekanntwerden des Altmeier-Papiers dieses zerreißt. Wir brauchen endlich ein diskussionsfähiges Konzept.

Unser Strommarkt ist weder auf die steigenden Anteile fluktuierender regenerativer Stromeinspeisung eingestellt, noch weist er verbindliche Abschaltpläne oder Synchronisierungen mit dem Gasmarkt auf. Das **energiewirtschaftliche Gesamtsystem** muss aber auf die zukünftige, gesamtgesellschaftlich beschlossene Vollversorgung durch Erneuerbare Energien eingestellt werden. Hierbei müssen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit mit den Belangen des Klimaschutzes in Einklang gebracht werden.

Wenn wir uns langfristig das Ziel einer Vollversorgung durch Erneuerbare Energien setzen, ist es nur verständlich und notwendig, dass in Deutschland auch über die **Finanzierungs- und Förderinstrumente für Erneuerbare Energien** diskutiert wird. Die effiziente Förderung der Erneuerbare Energien steht im Zentrum der Energiewende. Sie muss systemstabilisierende Elemente ebenso berücksichtigen wie im Ergebnis die vollständige Marktintegration der Erneuerbaren Energien.

Während des Umbaus unserer Stromversorgung dürfen wir nicht die **Versorgungssicherheit** aus den Augen verlieren. Eine zuverlässige Stromversorgung ist Voraussetzung für eine moderne Volkswirtschaft.

Schon im Februar dieses Jahres verursachte die Abschaltung der Kraftwerken kurzzeitige Versorgungsengpässe. Es war nicht so, dass keine ausreichenden Strommengen zur Verfügung gestanden hätten – es lag an

der ungünstigen regionalen Verteilung von Stromerzeugung und -verbrauch. Die Bemühungen der Bundesnetzagentur, die Netzstabilität durch bilaterale Verhandlungen mit den Kraftwerksbetreibern in Süddeutschland zu erhalten, zeigen, wie gefährdet das System bereits heute ist. Wir brauchen **Kapazitätsmechanismen** als integrale Module eines völlig neuen Strommarktdesigns, die den Erhalt geeigneter Erzeugungskapazitäten im Wege des Wettbewerbs sichern. Diese Mechanismen sollten kurzfristig implementiert und technologieoffen gestaltet werden. Dabei müssen die Wirkungen auf den Strommarkt in Deutschland und Europa genau untersucht werden. Wenn wir es schaffen, die Erneuerbaren Energien effizient in den Markt zu integrieren, werden Kapazitäts-Sicherungs-Mechanismen auch nur wenige Jahre zur Gewährleistung der Netzstabilität notwendig sein.

Der **Netzausbau** stellt das Nadelöhr der Energiewende dar. Insbesondere die zukünftigen Erzeugungsstandorte sind mit Blick auf die Zukunft nicht ausreichend mit den Verbrauchsorten verknüpft. In Nordrhein-Westfalen sind wir von den Netzausbauplänen der Bundesregierung sowohl mit den Projekten des Energieleitungsausbaugesetzes als auch mit den kommenden Trassen des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes stark betroffen. Wir sind hier in NRW aber nicht nur Durchleiter für dringend benötigten Strom in Süddeutschland, sondern auch durch unsere Kraftwerkskapazitäten wichtigster Garant für Versorgungssicherheit. Ich bin mir dieser Verantwortung sehr bewusst und werde durch eine transparente und umfassende Bürgerbeteiligung sowie den effizienten Einsatz innovativer Übertragungstechnologien den Netzausbau unterstützen und forcieren.

Während der Netzausbau zur Übertragung der Windenergie aus Nord- nach Süddeutschland in aller Munde ist, spielen der Ausbau und die Aufrüstung der **Verteilnetze** fast nur in Fachkreisen eine Rolle. Dabei liegt gerade in den intelligenten Verteilnetzen die Zukunft einer dezentralen Energieversorgung

auf Basis erneuerbarer Energien.

Ich setze mich für bessere Investitionsbedingungen für Verteilnetzbetreiber – auch im Wege der **Rekommunalisierung** – ein, die unsere Stadtwerke als aktive Partner bei der Gestaltung der Energiewende unterstützen, den Wettbewerb im Energiemarkt beleben und für eine Entlastung der Übertragungsnetze sorgen. Sowohl im Bereich dezentraler Versorgung als auch im Bereich der Industrierversorgung sind in NRW noch große Potenziale zur Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung vorhanden, die es im Sinne einer effizienten Nutzung der fossilen Energieträger zu heben gilt.

Im Fokus der Diskussion um die unkonventionellen Erdgaslagerstätten steht vor allem der Einsatz der **Fracking**-Technologie schon bei der Lagerstätten erkundung. Ob sich die bislang lediglich vermuteten Vorkommen einmal werden nutzen lassen, ist derzeit offen. Zunächst einmal gilt es, die möglichen Umweltauswirkungen sehr sorgfältig und unvoreingenommen zu prüfen. Dazu haben wir eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, mit der eine Umweltverträglichkeitsprüfung verbindlich gemacht würde. Und ganz konkret haben wir ein Gutachten zu möglichen Umweltauswirkungen des Frackings beauftragt, das uns inzwischen vorliegt. Über die Ergebnisse haben Minister Rammel und ich Öffentlichkeit und Politik ausführlich unterrichtet. Wir folgen der Empfehlung der Gutachter, Fracking derzeit und bis auf Weiteres nicht zuzulassen. Wir greifen aber auch die Empfehlung auf, die notwendigen weiteren Erkundungen in einem breit angelegten, transparenten Dialogprozess mit allen Beteiligten und unter Mitwirkung der Wissenschaft zu erörtern.

Die **Braunkohle**, die aus drei Tagebauen im Rheinischen Revier gefördert wird, hat nach wie vor eine herausragende Bedeutung. Sie ist wichtig für Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in der Stromversorgung und wird

nach unserer Auffassung noch lange Zeit eine wichtige Rolle im Energiemix einnehmen.

Ich bin mir der mit der Braunkohlenverstromung einhergehenden Umweltbelastungen durchaus bewusst. Festzuhalten ist aber auch, dass Braunkohlekraftwerke wie alle anderen CO<sub>2</sub>-Emittenten dem Emissionshandel und damit den EU-weiten Minderungszielen unterliegen. Wir diskutieren dennoch mit RWE darüber, wie wir Klimaschutzziele und sichere Energieversorgung gleichermaßen erreichen können. Wir garantieren dabei den Bestand der Abbaugenehmigungen, wohl wissend, dass damit die Umsiedler einen hohen Preis für unsere Energieversorgung zahlen. Das sollte an dieser Stelle einmal anerkannt werden. Im Gegenzug erwarten wir von der Braunkohlenindustrie, dass sie sich den Anforderungen des Klimawandels stellt und einen ernsthaften Beitrag zur Kraftwerkserneuerung leistet.

1961 sprach Willy Brandt vom Blauen Himmel über Rhein und Ruhr und entwarf damit eine Vision, in der sich Ökologie und Ökonomie nicht gegenseitig ausschließen. Diese Vision wird seitdem Schritt für Schritt Realität. Trotzdem bildet die **energieintensive Industrie** in Nordrhein-Westfalen noch immer eine Basis für industrielle Wertschöpfung. Unsere Aufgabe muss es sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten. Ich stehe zu den Ausnahmen, die bei der Umlage der EEG-Kosten, der Stromsteuer und den übrigen staatlichen Lasten des Strompreises eingeführt wurden. Wir werden uns auch weiterhin für Entlastungen der energieintensiven Industrie einsetzen, wenn deren Arbeitsplätze aufgrund zu hoher Stromkosten abzuwandern drohen. Denn das würde niemandem nützen - nicht dem Klima und auch nicht den Beschäftigten. Mein Ziel ist, unsere Wertschöpfungsketten möglichst komplett im Lande zu halten und niemanden voreilig gehen zu lassen, ohne

wenigstens den Versuch unternommen zu haben, ihn zu halten.

Mir ist dabei aber auch wichtig, dass wir zu einer zielgenauen Definition der zu entlastenden Unternehmen und Branchen kommen, auch um unerwünschte Mitnahmeeffekte zu vermeiden, die die Verbraucher unnötig belasten. Wir dürfen die Budgets, die die Privathaushalte für ihre Energieversorgung aufbringen müssen, nicht aus den Augen verlieren.

Neben effizienter und wirtschaftlicher Energieerzeugung steht die **Steigerung der Energieeffizienz** im Mittelpunkt. Die eingesparte Kilowattstunde bei gleicher Produktionsleistung ist der beste Beitrag zum Klimaschutz und zur Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Ein gutes Instrument zur Effizienzsteigerung kann auch ein Energiemanagementsystem sein, dessen Wirksamkeit hinsichtlich Umsetzung wirtschaftlicher Verbesserungsmaßnahmen regelmäßig überwacht wird. Mir ist wichtig, dass hierfür branchenbezogen und an die Unternehmensgröße angepasst maßgeschneiderte Managementsysteme entwickelt werden, um die Unternehmen nicht zu überlasten.

Wichtige Impulse für ein umfassendes System zur Energieeffizienzsteigerung wird die Energieeffizienz-Richtlinie der EU geben, deren Umsetzung in deutsches Recht wir intensiv begleiten werden. Jedes Instrument zur Steigerung der Energieeffizienz muss als Unterstützung für unsere Industrie und das produzierende Gewerbe verstanden und entwickelt werden – nicht als weitere Belastung.

Die Innovationsschwerpunkte unserer Industrie werden auf absehbare Zeit im Bereich Klimaschutz und Energiewende liegen. Frau Ministerpräsidentin Kraft hat in ihrer Regierungserklärung mit guten Beispielen aus dem Siegerland und dem Ruhrgebiet beschrieben, wie sich das in Arbeitsplätze und

Einkommen ummünzen lässt.

## **Industrie**

Schon im vorletzten Jahrhundert wurden die Grundlagen für die Industrialisierung unseres Landes geschaffen. Ohne Industrie wäre der Aufstieg Nordrhein-Westfalens nach dem Weltkrieg nicht denkbar gewesen. Die Industrie ist für uns nicht nur ein wichtiger Wirtschaftszweig. Unsere Kultur ist durchdrungen von ihr. Das Verhalten der Menschen, ihre Werte und Mythen, ihr Selbstverständnis und ihr Habitus sind von der Industrie geprägt. Wir leben Industrie, wie man heute vielleicht sagen würde. Und das ist auch gut so, denn noch immer sind 28 % der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig. Zählen wir die Dienstleister hinzu, die für die Industrie arbeiten, dürften zwischen 50 und 60 % aller Arbeitsplätze von der Entwicklung unserer Industrie abhängig sein.

Immer mehr Unternehmen entwickeln neue Geschäftsmodelle, in denen eine Dienstleistung im Vordergrund steht. Denken Sie an das Car-Sharing, das Contracting oder an das Leasing. Die ersten Fachleute sprechen deshalb auch schon von dienstleistungsorientierter Produktion und nicht mehr von produktionsorientierten Dienstleistungen. Und trotzdem bleibt es im Kern immer bei einem anfassbaren Produkt, um das sich alles dreht.

Schon wird davon gesprochen, dass die Industrie aus dem unmittelbaren Lebenszusammenhang einer steigenden Zahl von Menschen verschwinde. Auch als Konsument nähme der Mensch in erster Linie Dienstleistungen wahr und kaum noch das mit ihr verbundene industrielle Produkt. Die IT ist so ein Fall. Wer denkt denn noch an die komplexe industrielle Produktion, die die Voraussetzung für jede Form der Datenverarbeitung ist. Gedacht wird heute an Software und vielleicht noch an manuelle Handhabung, aber weniger an

das, was in einem Rechner steckt und noch weniger darüber, wo und wie es produziert wurde. Davon müssen wir wegkommen. Ich möchte den Menschen wieder ein Gefühl dafür geben, worum es im Kern unseres Wirtschaftens geht.

Ich hatte schon einmal angedeutet, wie überraschend modern die Industrie gewesen ist, die mir auf meiner Vorstellungstour zu Beginn meiner Amtszeit begegnet ist. Mir hat die Reise noch einmal gezeigt, wie sinnlos die noch immer gebräuchliche Unterscheidung zwischen „**Old**“ und „**New Economy**“ geworden ist. Produktionsverfahren wie Produkte der einst „alten“ Industrie sind längst hochmodern.

Eines der besuchten Unternehmen war die 200 Jahre alte Friedrich-Wilhelm-Hütte in Mülheim, die heute Stahlgehäuse für Windkraftanlagen gießt.

Ich kann die Modernität alter Industrien auch an einem anderen Beispiel verdeutlichen. Trotz des absehbaren Endes der Steinkohlenförderung haben unsere **Bergbauzulieferer** nach wie vor ihren festen Platz. Sie haben innerhalb weniger Jahre ihren Exportanteil mehr als verdoppelt und erwirtschaften damit inzwischen knapp 90 % ihres Umsatzes. Ihre Flexibilität haben sie mit der Ausweitung der Geschäftsfelder in Bereiche der Getriebetechnik für Windkraftanlagen oder den Tunnelbau bewiesen.

Die Bergbauzulieferer sind aber auch ein Beispiel dafür, dass Spezialisierung wettbewerbsfähig macht. Wichtig ist, sich auf strategisch wichtige Märkte, Themen und Projekte zu konzentrieren. Mit der **Leitmarktstrategie** der Landesregierung tun wir genau das. Wir konzentrieren uns auf die Märkte, in denen NRW besondere Stärken und Spezialisierungsvorteile hat.

Energieeffizienz, Rohstoff- und Materialeffizienz spielen dabei, wie bereits erwähnt, eine wichtige Rolle und zwar schon deshalb, weil die Energiewende

und der Klimaschutz in Deutschland, aber zunehmend auch international einen großen Bedarf an innovativen Lösungen verursachen.

Auch mithilfe des Einsatzes innovativer **Werkstoffe** kann die Industrie einen entscheidenden Beitrag leisten, die Ressourceneffizienz zu steigern. Neue Werkstoffe sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter der ökologisch-industriellen Revolution wird. Und diesen Anspruch haben wir.

Der Landesregierung ist bewusst, dass dabei der **chemischen Industrie und der Kunststoffindustrie** eine Schlüsselrolle zukommt. Als Material- und Werkstofflieferanten haben diese Branchen erhebliches Potential, Innovationen in allen Wertschöpfungsketten anzustoßen. Mit den in den Leitmarkt der neuen Werkstoffe integrierten Clustern „Kunststoffland“ und „Chemie.NRW“ unterstützen wir dies.

Noch immer dürfte der Mehrheit der Bevölkerung klar sein, wie wichtig die Industrie für uns ist. Zugleich aber ist eine in den letzten Jahren gewachsene Zahl von Einwohnern nicht mehr bereit, die Belastungen industrieller Produktion mitzutragen. Dabei habe ich nicht allein die nordrhein-westfälische Bevölkerung im Auge, die sich gegen das Kraftwerksprojekt Datteln und die CO-Pipeline wehrt. Auch in anderen Bundesländern gescheiterte Großprojekte wie die Flughafenerweiterung in Frankfurt und das Bahnprojekt Stuttgart 21 wirken sich auf uns aus. Kein ausländischer Investor ist bereit, nach Bundesländern zu differenzieren. Wir laufen Gefahr, dass Deutschland international als ein industrieunfreundliches Land gesehen wird.

Wir brauchen deshalb neue Beteiligungsformen, neue Spielregeln und Verantwortlichkeiten. Es ist mittlerweile unstrittig, dass es nur so gelingen kann, die Akzeptanz für Industrie zu erhöhen und Projekte zu realisieren. Mit

unserem partnerschaftlichen Ansatz „**Dialog schafft Zukunft**“ und der eigens dafür eingerichteten Geschäftsstelle tun wir genau das.

Im Dezember wird sich die Wirtschaftsministerkonferenz mit der Akzeptanz industrieller Großvorhaben beschäftigen. Aus den Vorarbeiten wissen wir, dass unser Land in Fragen informeller Bürgerbeteiligung mit an der Spitze der Bundesländer liegt.

## **Mittelstand und Handwerk**

Großunternehmen haben uns einst viele Probleme abgenommen, weil sie weit über das betriebswirtschaftlich notwendige Maß Beschäftigung schufen. Das ist vorbei. **Große Unternehmen** stehen oft an der Spitze von Wertschöpfungsketten wie die Automobilindustrie oder liefern die Grundstoffe und Energie für die Industrie wie die Stahlindustrie, die Chemie und die Energieerzeugung. Insofern haben sie für die Steuerung der Zulieferketten eine wichtige Funktion. Aber wir müssen uns stärker diesen Zulieferketten widmen, wenn wir unsere Beschäftigung weiter ausbauen wollen. Dort sitzen heute vor allem mittelständische Unternehmen und immer öfter auch das Handwerk.

Kaum etwas prägt das Wirtschaftsleben in Nordrhein-Westfalen so sehr, wie der **Mittelstand**. Von 754.000 Unternehmen insgesamt sind 99,5 Prozent kleine und mittlere. Den Beitrag, den die mittelständische Wirtschaft und die Freien Berufe für Wachstum, Beschäftigung und Qualifikation sowie zur Erneuerung der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen leisten, kann man gar nicht überschätzen. Und unter ihnen gibt es eine sehr große Zahl von **Hidden Champions**, die Weltmarktführer auf ihrem Gebiet sind und trotzdem nicht zu den ganz großen zählen. Mittelstand und Handwerk stehen im Zentrum unserer Aufmerksamkeit.

Ich möchte den Kontakt zu den Unternehmerinnen und Unternehmern qualitativ auf eine neue Stufe stellen und dabei verstärkt die Kammern als deren Interessensvertretung einbinden. In kontinuierlicher Abfolge wollen wir, beginnend im nächsten Jahr, zusammen mit den Wirtschaftskammern **Kammertage** als Forum für den Dialog zwischen der Wirtschaft und dem Wirtschaftsministerium einführen. Dabei soll neben den spezifischen Themen der Unternehmen einer Region jeweils ein Schwerpunktthema unserer Wirtschaft vor dem Hintergrund der konkreten Unternehmenserfahrungen erörtert werden. Es geht darum, die wichtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen offen anzusprechen und Lösungsansätze zu diskutieren. Wir brauchen in den wichtigen Fragen eine gemeinsame Marschroute, müssen uns dabei auch gegenseitig fordern, wenn wir den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen erhalten und verbessern wollen.

Das Handwerk ist mit über 184.000 Unternehmen und knapp einer Mio. Beschäftigten ein impulsgebender Motor für die wirtschaftliche Dynamik in diesem Land. Keine Energiewende ohne das Handwerk, das die Unternehmen und privaten Haushalten über energiesparende Neuerungen informiert und berät, das diese Innovationen installiert, wartet und repariert.

Die bewährte Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Handwerksorganisation im Rahmen der **Handwerksinitiative** sehe ich als Plattform für einen **Fortschrittsplan** an.

In einem ersten Schritt werde ich noch in diesem Jahr mit der Handwerksorganisation gemeinsam die Fortentwicklung der bisherigen Handwerksinitiative aufgrund der Erfahrungen bei der Umsetzung in den ersten anderthalb Jahren vereinbaren. Ein besonderes Augenmerk werde ich hierbei auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legen. So

könnten in einem weiterentwickelten „Wachstumsscheck Handwerk plus“ auch die Belegschaften der Handwerksunternehmen Berücksichtigung finden. Darüber hinaus wird vor dem Hintergrund des ehrenamtlichen Engagements im Handwerk das Thema der überbetrieblichen Mitbestimmung aufgegriffen werden, die ja ein besonderes Merkmal der Handwerkskammern ist.

Bei diesem Vorhaben setze ich wie auch bei der Entwicklung des Mittelstandsgesetzes darauf, dass das Handwerk und die beteiligten Stellen der Landesregierung konsensorientiert stabile Ergebnisse erarbeiten.

Die Landesregierung will mit dem jetzt in den Landtag eingebrachten Entwurf eines „**Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Land Nordrhein-Westfalen**“ die Entfaltungsmöglichkeiten der mittelständischen Wirtschaft und der Freien Berufe verbessern.

Bei der Formulierung dieses Gesetzentwurfs wurden selbstverständlich die desillusionierenden Erfahrungen mit dem Vorgängergesetz, das zwischen 2003 und 2008 in Kraft war, kritisch gewürdigt. Auch deshalb wurde die Neuauflage in enger Abstimmung mit den Kammern und mittelstandsrelevanten Verbänden erarbeitet.

Kernstück ist ein bundesweit bisher einmaliges Clearingverfahren. Dadurch sollen in Zukunft alle wesentlichen für den Mittelstand bedeutsamen Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung schon bei der Erarbeitung auf ihre Mittelstandsverträglichkeit hin überprüft werden. Dazu wird eine Clearingstelle bei einer Dachorganisation der Wirtschaft, voraussichtlich bei IHK-NRW, eingerichtet.

Nach dem Gesetz können wir mit den Kammern und Verbänden ein

Arbeitsprogramm Mittelstand vereinbaren. Das erste Arbeitsprogramm dieser Art soll sich dem **Bürokratieabbau** widmen.

Ebenfalls neu und bundesweit einmalig ist eine Regelung, die den betrieblichen Interessenvertretungen im Rahmen des übergeordneten Betriebsverfassungsrechts eine Mitverantwortung für Wachstum, Beschäftigung und Innovation in KMU zuweist.

Die Resonanz, die der Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit – auch bundesweit – gefunden hat, lässt mich sicher sein, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind. Ich lade alle Fraktionen ein, uns auf diesem Weg zu begleiten.

Neue Unternehmen sind ein Garant für einen lebendigen und innovativen Wirtschaftsstandort. Besonders der Unterstützung von mehr wissens- und technologieorientierten **Gründungen**, z.B. als Ausgründungen aus Hochschulen und aus Unternehmen, will ich mich, gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium, künftig verstärkt widmen.

Die landesweit 82 STARTERCENTER NRW haben im vergangenen Jahr rund ein Viertel der hauptberuflichen Gründungsvorhaben in Nordrhein-Westfalen begleitet – das waren über 20.500 Gründungen. Wir wollen diese bewährte Beratungslandschaft weiter stärken, um Gründerinnen und Gründer in unserem Land noch besser mit unseren Unterstützungsangeboten zu erreichen.

Am 9. November 2012 werden wir im Rahmen des erstmalig stattfindenden Gründergipfels NRW erfolgreiche junge Unternehmerinnen und Unternehmer auszeichnen. Gleichzeitig wollen wir mit dem Gründergipfel NRW dazu beitragen, dass sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer untereinander vernetzen und dass Unterstützungsangebote – wie etwa die

Direktvergabe der NRW-EU-Mikrodarlehen durch die NRW.BANK– noch bekannter werden.

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen sind der **Erhalt und die Sicherung von Unternehmen** für unseren Wirtschaftsstandort wichtig. Ich habe bereits mit vielen Geschäftsleitungen und Beschäftigten Kontakt gehabt, auch solchen, die aktuell in Schwierigkeiten steckten. Ob Verzögerungen bei Produktinnovationen, steigende Energie- und Rohstoffpreise, gestiegener Konkurrenzdruck oder Absatzeinbrüche - die Ursachen und Anlässe für betriebliche Anpassungsprozesse sind sehr vielfältig.

Vor allem die mittelständischen Unternehmen in NRW wollen wir dabei unterstützen, notwendige Anpassungsprozesse noch besser zu meistern. Hierzu gehören ein frühzeitiges Informationsangebot, professionelle, passgenaue Beratungshilfen, die Darlehensprodukte der NRW.BANK oder unser Landesbürgerschaftsprogramm.

Hierzu gehört auch die Sicherung der **Unternehmensnachfolge**, damit nicht wegen verspäteter oder unterbliebener Nachfolgeregelungen wettbewerbsfähige Unternehmen vom Markt verschwinden und Arbeitsplätze verloren gehen.

Bereits im Koalitionsvertrag war angekündigt, dass wir uns zukünftig mehr um **gemeinwohlorientierte Unternehmen** kümmern werden. Uns geht es gar nicht so sehr um soziales Unternehmertum, sondern um die Fähigkeit, sich selbst zu organisieren. Etwa in der Wohnungs-, der Energie- oder der Mobilitätsversorgung. Wie wir das unterstützen können, prüfen wir gegenwärtig, denn gemeinwohlorientierte Unternehmen haben Vorteile für die Gesellschaft. Sie entlasten die öffentliche Hand und neigen nicht zur

Abwanderung.

Ein Beispiel für gelungenes Bürgerengagement in Form einer Selbsthilfe ist die GLS-Bank in Bochum. Auch die GLS-Bank wirft Renditen ab, aber die Genossen bestimmen, wofür diese verwendet werden. Sie bestimmen auch mit, an wen Kredite vergeben werden und wie das Geld durch sonstige Anlagen verdient wird.

Im **Handel**, der in Nordrhein-Westfalen mit etwa einer Million Erwerbstätigen einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt, verändern sich gegenwärtig in schnellem Tempo Handelsstrukturen und Betriebsformen. Neue Technologien führen zu einer zunehmenden Digitalisierung – Stichwort eCommerce. Der demografische Wandel führt durch die Abwanderung des Handels besonders im ländlichen Raum dazu, dass die Versorgung nicht mehr durchgängig gewährleistet ist. Auch die **Logistik** wird auf veränderte Wertschöpfungsprozesse und Versorgungsstrukturen reagieren müssen. Mit innovativen Logistiksystemen wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken und die Versorgung unserer Bevölkerung sicherstellen. Hier setzen wir auch auf gut funktionierende Netzwerke in Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in den Clusterorganisationen.

Für den Handel ist das **Ladenöffnungsgesetz** aktuell von besonderer Bedeutung. Die Evaluierung des bisherigen Gesetzes liegt dem Landtag inzwischen vor. Wir werden unter anderem die Zahl möglicher verkaufsoffener Feiertage eingrenzen und die Ladenöffnungszeiten an Samstagen reduzieren. Im Dezember wird sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen, so dass ich davon ausgehe, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

**Schlussbemerkung**

Zurzeit gibt es im Wirtschaftsministerium rund 45 Referate. Ich habe aus den vielen Themenfeldern, die sie abdecken, nur die politisch wichtigsten herausgenommen. Aber ich möchte abschließend noch einmal kurz auf den eigentlichen Gedanken zurückkommen, der unsere zukünftige Arbeit mehr als bisher durchziehen wird. Wir haben nicht nur eine starke Industrie, wir sind eine Industriegesellschaft. Wir treffen damit heute auf mehr Anerkennung als noch vor ein paar Jahren. Das können wir nutzen, um unsere Interessen vor allem in Brüssel besser zur Geltung zu bringen. Nach innen hin müssen wir das Vertrauen in diesen Entwicklungsweg stärken, indem wir möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden und mit ihnen einen ausgewogenen Weg finden zwischen den drei großen Wegmarken, der Wettbewerbsfähigkeit, der Gerechtigkeit und Fairness und der Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.